N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2019
öffentlich

Ort:	**Stadthaus, Festsaal** **Marktplatz 2** **06108 Halle (Saale)**
Zeit:	**17:00 Uhr bis 18:47 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Wildner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) *Vertretung für Frau Jahn*
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) *Vertretung für Herrn Hopfgarten*
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER

Verwaltung

Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
Christian Loll	Leiter Team Fördermittel
René Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christina Greiner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Thomas Hesse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sascha Richter	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christiane Sünnemann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragestunden vor.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Frau Gellert begrüßte den neuen Leiter des Fachbereichs Bildung Herrn Alexander Frolow.

Herr Frolow bedankte sich für die herzliche Aufnahme seines Fachbereichs und erwähnte, dass er sich auf die zukünftigen Aufgaben im Bereich freut.

Frau Gellert eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Gellert gab folgende Änderung bekannt. Die Abstimmung der Niederschrift vom 07.02.2019 muss vertagt werden. Der TOP 8.4 ist inhaltlich kompatibel mit dem TOP 8.1. Der TOP 8.4 wird daher nicht aufgerufen.
Die Mitteilung zum TOP 8.2 wird aus organisatorischen Gründen auf April vertagt, die Verwaltung bittet um Verständnis. Die Freiwilligenagentur hat für April die Teilnahme bestätigt.

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab**,** rief **Frau Gellert** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.02.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen

5.1. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019
Vorlage: VI/2018/04387

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen

8.1. Bericht Umsetzung "Sonstige Projektförderung" im Jahr 2018
8.3. Bericht zum Jahresabschluss 2018 der Abteilung Familie
8.5. Mitteilung Prioritätenliste Kitabau

9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

10.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.02.2019

Die Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.02.2019 wurde vertagt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 Vorlage: VI/2018/04387

Herr Dr. Wend übernahm die Sitzungsleitung.

Frau Gellert bemerkte, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) nicht im Dezember 2018 und Januar 2019 vorlag.

Herr Weiske führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Schachtschneider erwähnte den Sachverhalt „Kinder mit Migrationshintergrund“. Er fragte, welchen Lösungsvorschlag die Verwaltung hinsichtlich der nicht ausreichenden Plätze für Kinder mit Migrationshintergrund vorsieht.

Herr Weiske teilte mit, dass für die Verwaltung die Jahre 2019 und 2020 kalkulierbar sind.

Herr Schachtschneider bemerkte, die unterschiedlichen Werte hinsichtlich der dargestellten Anzahl von Gastkindern bei den Kitaplätzen. Er stellte fest, dass Kitaplätze für Kinder verloren gehen, die einen Betreuungsanspruch im Stadtgebiet Halle (Saale) haben. Er erkundigte sich, wie die Verwaltung diesem Sachverhalt entgegenwirken will.

Frau Dr. Schaarschmidt gab zur Kenntnis, dass bei den Handlungsempfehlungen dieser Sachverhalt dargestellt ist. Momentan versucht man es auf der Konsensbasis zu steuern.

Herr Weiske fügte hinzu, dass hierzu keine rechtliche Handhabung besteht.

Herr Kramer wies darauf hin, dass im Zentrum von Halle Menschen arbeiten die von außerhalb kommen. Eltern, die in die hallesche Region ziehen, ist es egal, ob sie zum Beispiel in Lieskau oder in Dölau wohnen. Wenn man aus Sicht der Stadt Halle Fachkräfte binden möchte bzw. reizvoll für die Wirtschaft sein will, dann sollte man beachten, dass Kitaplätze zu Verfügung stehen.

Herr Kramer befand es bedauerlich, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung nicht die Beschlussvorlage zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung vorlag.

Herr Weiske teilte mit, dass es dazu eine ausführliche Darstellung des Arbeitsstandes im UA JHPL gab.

Frau Haupt erläuterte die Anfrage zum Hort in der Silberhöhe bzw. Schule Hanoierstraße aus dem letzten Bildungsausschuss. Dort wurde geäußert, dass der Hort vollständig in die Schule einziehen wird und sich dadurch freie Plätze in dem jetzigen Standort Bäumchen ergeben würden. Es ist beabsichtigt, dort weitere Hortkinder aufzunehmen. Sie fragte, ob dieses Verfahren mit dem Träger abgestimmt worden ist.

Herr Weiske sagte, dass mit der Grundschule und dem Hortträger gesprochen wurde und das Einverständnis vorlag.
Frau Haupt bemerkte, dass der Personalbedarf steigt, wenn mehr Einrichtungen benötigt werden. Sie fragte, wie die Verwaltung diesen Umstand realisieren möchte.

Herr Weiske sagte, dass es schwierig ist, den Fachkräftemangel zu kompensieren. Frau Brederlow ist in dieser Sache sehr engagiert und befindet sich seit längerer Zeit mit dem Land Sachsen-Anhalt im Gespräch.

Frau Gellert bemerkte, dass teilweise Eltern aus verschiedenen Kulturkreisen abgeneigt sind, ihre Kinder in die Krippe zugeben. Die Stadt muss in dieser Hinsicht unterstützt werden. Es sollten einige Träger nochmalig darüber befragt werden, um möglicherweise in der Vormittags- bzw. Nachmittagsbetreuung direkte Kindergartengruppen in Horten einzurichten.

Frau Dr. Schöps kritisierte, dass die vorliegende Beschlussvorlage nicht den aktuellen Stand widerspiegelt. Die beigefügte Analyse bezieht sich auf einen Zeitraum bis Juni 2018. Sie hätte sich gewünscht, im März einen aktuellen Bericht bis Ende Dezember 2018

vorliegen zu haben. Sie fragte, warum es zu einer dreimonatigen Verzögerung innerhalb der Verwaltung kam.

Sie merkte an, dass bereits über eine kostenlose Kitabetreuung nachgedacht wird. Im Falle der Umsetzung könnte der Betreuungsbedarf deutlich steigen. Sie fragte, ob die Verwaltung räumliche und personelle Reserven hätte, die in Folge dessen aktiviert werden könnten.

Frau Dr. Schaarschmidt wies darauf hin, dass der Entwurf der Beschlussvorlage Ende August erstellt wurde. Folglich einer längerfristigen Sichtung mehrerer Geschäftsbereiche wurden die Daten im Oktober oder November nicht erneut erarbeitet. Aus diesem Grund liegen die Daten bis zum Monat Juni 2018 vor.

Sie informierte, dass die personellen und räumlichen Reserven in der Kitabetreuung bereits begrenzt sind, im Falle der Einführung einer kostenlosen Kitabetreuung, käme es möglicherweise zu Engpässen.

Herr Dr. Wend schloss eine immense Bedarfssteigerung durch einer kostenlosen Kitabetreuung aus, da ein geringer Prozentsatz der Eltern die Inanspruchnahme der Kitabetreuung aufgrund finanzieller Kosten ablehnen wird.

Frau Dr. Schöps kritisierte, dass in Folge inhaltlicher Diskrepanzen im Fachbereich Bildung, eine Nichtbehandlung der Thematik im Unterausschuss Jugendhilfeplanung stattgefunden hat.

Herr Kohlert plädierte für die Bereitstellung von Kitaplätzen für 129 Gastkinder.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass sich die Kitaversorgung ins Positive entwickelt hat. Er bat um Auskunft, wie hoch der prozentuale Anteil der Eltern ist, die ihr Kind in die Tagespflege geben und wie hoch der prozentuale Anteil der Eltern ist, die bewusst die Tagespflege wählen.

Herr Weiske antwortete, dass Kinder mit einer geringeren Immunabwehr vorrangig in Tagespflegeeinrichtungen gegeben werden. Des Weiteren nutzen einige Eltern Tagespflegeeinrichtungen als Überbrückung bis zum Freiwerden des Wunschkitaplatzes. Er wies darauf hin, dass die pädagogische Qualifikation einer Tagesmutter geringer ist, als die einer Erzieherin. Des Weiteren ist im Falle des Ausfalls der Tagesmutter nur selten eine Vertretung vorhanden.

Herr Dr. Wend plädierte dafür, dass Kinder mit Migrationshintergrund ebenfalls Kitas besuchen sollten, um dort Ihre Sprachkompetenzen zu verbessern. Er merkte an, dass die Anmeldung eine große Schwierigkeit für Eltern mit Migrationshintergrund darstellt. Er fragte, wie der Bearbeitungsstand bezüglich der Anmeldeformulare in unterschiedlichen Sprachausführungen ist.

Herr Weiske antwortete, dass die Verwaltung den Bearbeitungsstand erneut prüfen wird.

Herr Dr. Wend bat um eine Information über den Bearbeitungsstand in der nächsten Ausschusssitzung.

Des Weiteren fragte er, inwieweit eine verkürzte Ausbildung sowie ein Quereinstieg für Erzieher ermöglicht werden kann.

Herr Weiske antwortet, dass eine Vereinbarung mit dem Land vorbereitet wurde, wo der Vorschlag der Stadt Halle aufgenommen wurde. Die Planung, dessen sieht vor, dass die praktische Ausbildung beim Träger erfolgt und den Auszubildenden ein Ausbildungsentgelt gezahlt wird.

Herr Dr. Wend fragte, wann eine Umsetzung erfolgen wird.

Frau Dr. Schaarschmidt antwortete, dass ab September 2019 ein Modellprojekt für Quereinsteiger beginnen soll. Dieses wird durch die Berufsfachschule V, sowie dem Eigenbetrieb Kita ausgeführt.

Herr Dr. Wend bat um Auskunft, wie man eine Verbesserung der Hortsituation für Schülerinnen und Schüler ermöglichen kann.

Herr Weiske fragte, um welche Schule mit dem entsprechenden Hort es sich handelt.

Herr Dr. Wend fragte, ob es keine Defizite im Hortbereich gibt.

Herr Weiske verneinte dies.

Herr Dr. Wend merkte an, dass eine schriftliche Bestätigung über eine sichere Hortanmeldung zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen sollte.

Herr Weiske sagte, dass die Problematik bekannt ist. Gründe dafür sind beispielsweise Personalmangel und Anmeldungsversäumnisse der Eltern.

Frau Gellert sagte, dass eine geringe Hortkapazität an der Grundschule "August Hermann Francke" gegeben ist. Ein Teil der Kinder besucht die Horteinrichtung in der Roßbachstraße, wo eine Begleitung erfolgt. Eine Begleitung der Kinder durch die Hortträger ist nicht verpflichtend.

Frau Gellert wies darauf hin, dass in Halle kein Kind zwangsläufig mehrere Kilometer durch die Stadt fahren muss, um zum Hort zu gelangen.

Frau Ranft merkte an, das Sie im Bildungsausschuss bereits angeregt habe, dass eine lokalisierte Darstellung nach Schulen und Horten erfolgen soll.

Herr Weiske wies darauf hin, dass eine Aufstellung der Schulen mit entsprechenden Horten bereits in den Anlagen 2a und 2b dargestellt ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. (Anlage 1)

2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2019 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht Umsetzung "Sonstige Projektförderung" im Jahr 2018

Der Bericht Umsetzung "Sonstige Projektförderung" im Jahr 2018 ist im Session unter TOP 8.1 hinterlegt.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Bericht zum Jahresabschluss 2018 der Abteilung Familie

Frau Hermann informierte anhand einer Präsentation zum Bericht Jahresabschluss 2018 der Abteilung Familie.

Die Präsentationen ist im Session unter dem TOP 8.3 hinterlegt.

Frau Gellert erkundigte sich nach dem Rückzahlungsverfahren der säumigen Kindesväter.

Frau Hermann sagte, dass der Schwerpunkt bisher in der Antragsgewährung lag. Die Rückzahlungsbearbeitungen wurden zurückgestellt, um finanzielle Mittel in den Familien zu gewährleisten. Derzeit befindet sich diese aber in der Priorität.

zu 8.5 Mitteilung Prioritätenliste Kitabau

Die Mitteilung Prioritätenliste Kitabau ist im Session unter TOP 8.5 hinterlegt.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.6 Frau Dr. Schaarschmidt zur Bewirtschaftung Haushalt 2019

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) erfolgt zum Tagesordnungspunkt 8.6 ein Wortprotokoll.

Frau Dr. Schaarschmidt
Also es war der Presse ja schon zu entnehmen, Haushalt 2019. Es wird derzeit über die Ausführung des Haushaltsplanes 2019 verwaltungsintern noch beraten.

Die endgültige Entscheidung zur Ausführung des Haushaltes 2019 erfolgt nach dem, nein anders herum, bis zur endgültigen Ausführung, wie der Haushaltsplan 2019 durchgeführt werden kann, erfolgt die Haushaltsführung nach der vorläufigen Haushaltsführung.

Das war jetzt doppelt gemoppelt. Entschuldigung. Also summa summarum, wir befinden uns in einer vorläufigen Haushaltsführung bis die Ausführungen zum Haushalt fertig sind.

Herr Dr. Wend
Und genau da hin, ich bitte einmal um Nachsicht, bei den Fragerunden bin ich sonst immer der Letzte. Da ich aber schon gestern von diesem wahnsinnig zügigen Ende des Kulturausschusses haben wir dann das erfahren. Keinen Deut vorher.

Und das ist ja nun offensichtlich so, was hier schon vor für schöne Worte gewebt ist, ist also, das hier diverse von uns beantragte Dinge nicht umgesetzt werden momentan. Und meine Frage ist jetzt, welche Dinge, die wir hier, die den ganzen Bereich des Jugendhilfeausschusses betreffen, werden aufgrund dieser Sperre oder Art der Haushaltsführung, wie Sie sie jetzt anstreben, nicht umgesetzt? Schulsozialarbeit?

Es gibt eine Liste, die mal aufgetaucht und wieder verschwunden ist, die haben aber viele. Ich habe sie hier auch liegen. Was betrifft es bei der Schulsozialarbeit? Was betrifft es zum Beispiel Brennpunktprobleme Kastanienalleeschule?

Welche Dinge, die wir beschlossen haben, die der Stadtrat beschlossen hat, werden zurzeit aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht umgesetzt?

Frau Dr. Schaarschmidt
Also ich weiß, steht mir nicht zu, aber ich sage es mal trotzdem salopp, all die Dinge, die derzeit nicht gedeckt sind, werden derzeit auch noch nicht finanziert. Logisch. Wenn kein Geld da ist, kann es nicht finanziert werden. Aber ernsthaft: Die Antwort reichen wir Ihnen schriftlich nach.

Herr Dr. Wend
Ja. Na ja, ich will nochmal ganz, darf ganz kurz darauf antworten? Dann gehe ich in die Runde. So funktioniert das auch nicht. Wir haben zwar, wenn wir den Haushalt in seiner Gänze beschlossen haben, dann kann man nicht, also, wie kommt denn die Verwaltung auf die Idee: Wir geben zwar bestimmte Deckung an, wenn wir jetzt mal ein zusätzliches Loch machen, dann sagt man da und da und dort, aber auch andere Bereiche, die die Verwaltung vorhat, da sind ja auch noch nicht längst alle Steuern eingetrieben, also das Geld, ist ja noch längst nicht alles da.

Ich sage es mal so, es ist von der Verwaltung oder ich denke mal von der Verwaltungsspitze bewusst so gemacht, dass all das, was wir zusätzlich eingesetzt haben, außen vorgehalten wird. So interpretiere ich das. Weil, wenn wir diesen Haushalt komplett beschließen, dann kann man nicht sagen: Da gibt’s jetzt, also da ist die Deckung, da sind wir uns noch nicht ganz klar.

Es gibt ja auch bei anderen Sachen, wie gesagt, sind die Gelder auch noch nicht da. Wir haben vielleicht eine Deckung vorgeschlagen, die ist noch nicht eingekommen, weil sie aus dem und dem Bereich ist, Verkäufe oder sonst was.

Aber auch die Stadtverwaltung hat ja irgendwelche Dinge, wo Sie im Grund, das Geld auch noch nicht da ist, weil das im Laufe des Jahres kommen wird. Also da glaube ich, wird mit zweierlei Maß gemessen. Das ist meine Meinung.

Frau Dr. Marquardt
Ich würde gerne wiederholen, was ich gestern schon im Kulturausschuss gesagt habe: Wir hatten schon damals darauf hingewiesen, das aus unserer Sicht die Deckung nicht klar ist. Wir haben das trotzdem eingereicht, das Landesverwaltungsamt hat natürlich bestätigt unter der Maßgabe, dass die Deckung auch so kommt, wie angegeben, bei den Erträgen.

Nun gibt es offenbar Kenntnisse, dass bestimmte Zahlungen nicht eingehen werden. Was das Thema Steuern angeht, haben wir unsere Schätzung hinterlegt und dann wurde nochmal auf gestockt. Und bis diese Einnahmen reinkommen können wir nicht die Ausgaben tätigen, das ist das Problem.

Deswegen müssen wir aufpassen, dass wir wirklich nur das Geld ausgeben, wovon wir sicher sind, das es tatsächlich reinkommt. Deswegen sind wir sehr, sehr vorsichtig mit der vorläufigen Haushaltsführung.

Herr Dr. Wend
Dann gehen wir mal in die Runde.

Frau Haupt, Herr Schachtschneider und Frau Gellert.

Frau Haupt
Wir haben ja bekanntlich im Dezember die Fördermittel beschlossen. Meine Frage: Eigentlich müssten ja die Bescheide schon raus sein, deshalb meine Frage, ob das so ist für die Vereine?

Und nach meiner Kenntnis greift dann, wenn jetzt die Haushaltssperre kommt, dieser, also kann man da nichts mehr daran rütteln, sehe ich das richtig?

Frau Dr. Schaarschmidt
Also die Fördermittel haben wir im Januar oder im Februar beschlossen, nicht im Dezember. Meines Erachtens letzten Ausschuss.

Aber es war ja alles unter Vorbehalt und die Bescheide, würde ich jetzt mal aus dem Bauch heraus sagen, sind noch nicht raus. Warten Sie mal kurz.

Ich würde jetzt mal Herrn Loll kurz das Wort geben.

Herr Loll
Also mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses handelt es sich bei der Förderung der Träger der freien Jugendhilfe um Pflichtleistungen, nach den Sozialgesetzbüchern. Wir sind derzeit in der, bereits in der Bescheiderstellung. Allerdings stehen natürlich die Bescheide unter dem Haushaltsvorbehalt.

Herr Dr. Wend
Ich habe es jetzt nicht ganz mitgeschnitten. Was steht jetzt unter Vorbehalt?

Herr Loll
Die Bescheide. Also direkt die Bewilligungen stehen unter Haushaltsvorbehalt.

Herr Dr. Wend
Alle Bescheide?

Herr Loll
Alle Bescheide, ja.

Herr Dr. Wend
Wird ja immer besser.

Herr Schachtschneider ist dran.

Herr Schachtschneider
Ja, na dann kann ich, das war eigentlich nicht meine Frage, aber dann frage ich jetzt mal gleich: Wie ist das mit den Projekten, für die wir eine mehrjährige Förderung hatten, die eigentlich schon ein Jahr laufen, jetzt weiter beschlossen wurden? Und Haushalts, vorläufige Haushaltsführung heißt ja eigentlich, also achtzig Prozent kann ich ausgeben, zwanzig Prozent nicht. Das ist ja eigentlich immer so die Geschichte.

Wie läuft es denn überhaupt bei diesen Vereinen weiter? Ich meine, die brauchen ja irgendwelche Planungssicherheit. Die haben ja nicht die Rücklagen, falls dann doch weniger Geld kommt, da müssten die ja irgendetwas mit dem Personal machen.

Wie läuft denn das Ganze? Dinge, die schon laufen, mitten drin sind, die wir wieder beschlossen haben, die jetzt auf einmal erfahren: Nee, Halt. Es kommt doch noch kein Bescheid.

Herr Loll
Also grundsätzlich haben die, die Drei-Jahres-Förderung, weil ja die Stadt Halle, hat ja jedes Jahr eine extra Haushaltssatzung. Der Haushalt wird ja jedes Jahr neu beschlossen.

Wir haben ja auch die Dreijährige Förderung entsprechend unter Haushaltsvorbehalt gesetzt. Was anderes bleibt uns da nicht übrig, weil ja die Haushaltssatzung immer nur für ein Jahr beschlossen ist.

Herr Schachtschneider
Alles gut.

Aber wir hatten es ja beschlossen und jetzt auf einmal wissen wir nicht wie viel Geld kommt. Okay. Dass Sie das nicht beantworten können, ist mir klar. Jetzt habe ich meine eigentliche Frage, aber die fällt mir sofort wieder ein. Nee, fällt mir jetzt nicht ein.

Jetzt ist die Frage und das war die Schulsozialarbeit. Genau, jetzt habe ich es, nämlich wieder. Die Träger müssen ja bis zum 31.03. meines Wissens, müssen die beantragen. Jetzt beantrage ich etwas, wo ich noch gar nicht weiß, fällt es denn überhaupt in die Förderung rein, wird dieses Datum jetzt nochmal gestreckt?

Ich meine so ein Antrag ist ja doch ein bisschen Mühe und wenn jetzt von vorneherein klar ist, das man vielleicht manche Dinge nicht bezahlen können, gibt es da nochmal irgendwie eine Fristverlängerung, um zu sehen, wie weit wir mit dem Haushalt kommen oder beantragen die jetzt erstmal pro forma und werden dann irgendwann mal im Laufe des Jahres gestrichen? Weil die möchten ja eigentlich auch anfangen.

Frau Dr. Schaarschmidt
Das sind immer zwei Dinge. Das eine ist die Haushaltsausführung. Aber unabhängig von der Haushaltsausführung brauche ich erstmal einen Antrag mit einer Summe und mit einem Inhalt. Und dieses Prozedere kann natürlich schon durchgeführt werden und soll durchgeführt werden. Meines Erachtens läuft da die Interessenbekundung. Und das Verfahren wird jetzt parallel verfolgt.

Aber wichtig ist, dass es keine Zusagen gibt, nur mit der Antragstellung. Diese Sicherheit können wir momentan noch keinem geben. Aber das ist immer so, wenn ich einen Antrag stelle.

Ende des Wortprotokolls.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Gellert zum Bedarf von Schulsozialarbeit

Frau Gellert erwähnte, dass nicht an allen Schulen der tatsächliche Bedarf von Schulsozialarbeit vorhanden ist. Es wurde an einigen Schulen nachgerüstet. Sie bat darum Möglichkeiten zu überdenken, wenn die Schulen signalisieren, dass ausreichender Bedarf vorhanden ist.

Des Weiteren empfahl sie, dass Schulsozialarbeiter auch am Nachmittag in den Grundschulen aktiv sein könnten. Sie sollen hinsichtlich der Sozialarbeit unterstützen. Die Grundschulen haben in der Interessengemeinschaft einige Schwerpunktehorte und dadurch Bedarf angemeldet.

Frau Dr. Schaarschmidt fasste die Aussage von Frau Gellert zusammen. Die Schulsozialarbeit soll an den Grundschulen auch in den Horten tätig werden.

Frau Gellert bejahte dies.

zu 9.2 Frau Ranft zum neuen KiföG

Frau Ranft bemerkte zur Umsetzung des neuen KiföG**,** dass nur noch die direkten Kosten der Verpflegung bei den Eltern abgerechnet werden können. Das kann dazu führen, dass Träger die indirekten Essenskosten, wie z.B. das Abwaschen reduzieren müssen bzw. wollen. Sie fragte, wie sich das hinsichtlich der LQE- Verhandlungen auswirkt.

Frau Dr. Schaarschmidt wies darauf hin, dass diese Regelung zum 01.08.2019 in Kraft tritt. Die Verwaltung befindet sich zu diesem Sachverhalt momentan im Arbeitsprozess.

zu 9.3 Herr Mahler zu Zusatzkosten in Kitas und Horten

Herr Mahler teilte mit, dass mehrere Emails die Stadtelternvertretung erreichen, deren Inhalt von erhobenen Zusatzkosten in Kitas und Horten handeln. Laut KiföG ist dieser Vorgang nicht geregelt. Er fragte, wie realistisch sind die Zuwendungen der Stadt Halle gegenüber den freien Trägern.

Frau Dr. Schaarschmidt schlug vor, die vorliegenden Informationen an den Fachbereich Bildung weiterzuleiten. Es ist zu beachten, dass es sich hierbei um eine Vereinbarung zwischen Eltern und Trägern handelt. Es kann momentan nur indirekt reagiert werden.

Herr Dr. Wend bat um Klärung des Sachverhaltes.

zu 9.4 Herr Kramer zur vorläufigen Haushaltsführung.

Herr Kramer bemerkte zur derzeitigen Diskussion „vorläufige Haushaltsführung“, dass er zum April eine Mitteilung der Verwaltung über definitiv durchführbare Projekte erwartet.

Frau Dr. Schaarschmidt betonte, dass es zum Jahresbeginn immer eine vorläufige Haushaltsführung gab. Derzeit befindet sich die Verwaltung in der Abstimmung. Sie ist davon überzeugt, dass es im Monat April abgeschlossen ist.

Herr Dr. Wend fand es merkwürdig, dass die plötzliche Verunsicherung zur vorläufigen Haushaltsführung nach dem letzten Stadtrat auftrat.

Frau Dr. Schaarschmidt entgegnete, dass es bis zur letzten Stadtratssitzung eine klare Anweisung zur vorläufigen Haushaltsführung gab.

Herr Dr. Wend bemerkte die späte Bekanntgabe dieser Angelegenheit.

Frau Dr. Schaarschmidt wies darauf hin, dass bereits in der Haushaltsdiskussion mehrfach von der Verwaltung darauf hingewiesen wurde, dass vorgegebene Deckungen nicht belastbar sind.

Herr Dr. Wend wie darauf hin, dass der Oberbürgermeister im letzten Stadtrat signalisierte, dass der Haushalt genehmigt ist.

zu 9.5 Frau Gellert zu zusätzliche Stellen für Kitas.

Frau Gellert erwähnte, dass im vorigen Jahr 13 zusätzliche Stellen für Kitas beschlossen wurden. Sie bat darum, den aktuellen Stand bzw. Verfahrensweise im nächsten Jugendhilfeausschuss bekannt zu geben.

zu 9.6 Herr Kramer zu Ferienfreizeiten

Herr Kramer erwähnte, dass es hinsichtlich zur Umsetzung der Jugendarbeit, kaum noch Angebote von Ferienfreizeiten gibt. Es ist vorgesehen dieses Thema in einer Gesprächsrunde zu erörtern. Er betonte, dass Mitglieder des Jugendhilfeausschusses an diesem Gespräch mitwirken könnten. Interessierte Ausschussmitglieder könnten dann Kontakt zu Herrn Kramer aufnehmen.

zu 9.7 Herr Kramer zum TOP 8.3 Projekt "Große für Kleine - starke Kinder durch Bildungspatenschaften" der Freiwilligenagentur

Herr Kramer bemerkte den Tagesordnungspunkt Vorstellung des Projekts "Große für Kleine - starke Kinder durch Bildungspatenschaften" der Freiwilligenagentur. Beim letzten Jugendhilfeausschuss wurde verabredet, dass ein bestimmter Nachantrag im Bereich innovative Projekte im heutigen Jugendhilfeausschuss behandelt werden sollte und sich das Projekt vorstellen sollte.

Frau Dr. Schaarschmidt merkte an, dass der Träger heute im Jugendhilfeausschuss nur sein Projekt vorstellen sollte. Es ist nicht beabsichtigt, am gleichen Tag über dessen Förderung zu beraten, das ist nicht zulässig. Es wird momentan eine Beschlussvorlage vorbereitet, die für den Monat Mai bzw. Juni geplant ist.

zu 9.8 Herr Dr. Wend zu Förderanträgen

Herr Dr. Wend bezog sich auf die Förderanträge, die im Monat Januar abgestimmt wurden. Er fragte, ob diese von der bestehenden Haushaltsführung betroffen sind.

Frau Dr. Schaarschmidt machte deutlich, dass im Januar die innovativen Projekte verabschiedet wurden.

Herr Loll fügte hinzu, wenn keine reguläre bzw. vorläufige Haushaltsführung besteht, werden alle Projekte immer unter dem Haushaltsvorbehalt beschlossen.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Herr Kramer zum Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Kramer regte an, den Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung auf den Monat Mai zu verschieben

zu 10.3 Frau Gellert zum Aggressions und Gewaltverhalten an Grundschulen und Horten

Frau Gellert regte an, einige Experten zum Aggressions und Gewaltverhalten an Grundschulen und Horten einzuladen, um sich einen Überblick zu verschaffen.

zu 10.4 Herr Kohlert zum Thema Zusatzbeiträge

Herr Kohlert bemerkte, dass zum Thema Zusatzbeiträge mehrere Varianten erwähnt worden. Er fragte, wie diese Zusatzbeiträge den Eltern übermittelt werden und welchen Einfluss diese in den LQE- Verhandlungen haben.

Frau Dr. Schaarschmidt sagte, dass für die Stadtverwaltung hinsichtlich einer Kommunikation zum Thema Zusatzbeiträge an Kitas kein Handlungsbedarf besteht. Hierzu ist eine Kommunikation zwischen Trägern und Eltern nötig, zwischen ihnen besteht der Vertrag. In den LQE-Verhandlungen sind sie nicht relevant.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend	René Lukas
Ausschussvorsitzender	stellv. Protokollführer